Kleine Zeitung
Samstag, 27. Jänner 2024
ÖSterreich | 13



derung entsteht. Was mit diesem Urteil allerdings neu ist: Die Ärztin, der Arzt muss nicht nur die Mehrkosten, die den Eltern durch die Behinderung entstehen, ersetzen, sondern die gesamten Lebenskosten des Kindes.

Welchen medizinischen Nutzen bringt die Pränataldiagnostik eigentlich mit sich, welche Vorteile gibt es?

Unser Ziel ist es, jene Kinder vor der Geburt zu finden, die bei der Geburt eine besondere Betreuung benötigen. So können Kinder mit einem schweren Herzfehler direkt nach der Geburt von spezialisierten Ärztinnen und Ärzten betreut werden. Und der Geburtsort kann ebenso richtig ausgewählt werden – in einem spezialisierten Zentrum. Bei manchen Krankheitsbildern können wir Behandlungen oder

sogar Eingriffe am ungeborenen Kind im Mutterleib vornehmen. So kann zum Beispiel ein offener Rücken bei Ungeborenen im Mutterleib operiert werden. Ein Organscreening ist aber nicht dazu da, Kinder auszusieben oder eine Behinderung zu vermeiden – es geht darum, die Geburt optimal zu planen.

Dennoch kommt es als Konsequenz dieser Untersuchungen auch zu Schwangerschaftsabbrüchen: Wie läuft diese Entscheidungsfindung normalerweise ab?

Nach einer Diagnose erklären wir der werdenden Mutter ganz genau und neutral, was diese Diagnose bedeutet. Dann entscheidet die Mutter, ob sie die Schwangerschaft weiterführt oder nicht. Es wird nie eine ärztliche Empfehlung zum Abbruch ausgesprochen.

HOLOCAUST-GEDENKTAG

IKG-Präsident Oskar Deutsch zeigt sich "sehr besorgt"

Kurz vor dem internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner mahnen Experten und Politikerinnen.

en internationalen Holocaust-Gedenktag haben viele Politiker zum Anlass genommen, um an die Opfer des NS-Regimes zu erinnern. Als "mehr als besorgniserregend" bezeichnete der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Oskar Deutsch, das bekannt gewordene Treffen von Rechtsextremen, bei dem Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen ausländischer Herkunft besprochen wurden. Es erinnere "ein wenig an die Zeit vor 1938".

Und vieles aus Deutschland komme zeitversetzt nach Österreich, warnte der IKG-Präsident am Freitag nach der Zeremonie an der Namensmauer in Wien zum Gedenken an die Opfer des Holocaust, an der auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Integrationsministerin Susanne Raab (beide ÖVP), der israelische Botschafter David Roet sowie Vertreter von Grünen, SPÖ und Neos und Vertreter der Minderheit der Roma teilnahmen. Gerade in dieser Zeit nach dem blutigen Angriff der Hamas auf Israel sei es wichtig, an den Holocaust zu erinnern und die Menschen damit zu konfrontieren, betonte Deutsch.

Stellungnahmen gab es von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP), Vizekanzler Werner Kogler (Grüne), SPÖ-Chef Andreas Babler, FPÖ-Chef Herbert Kickl, Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger. Vertreter der Zeugen Jehovas meldeten sich auch zu Wort. Am 27. Jänner 1945 war Auschwitz-Birkenau befreit worden, der Gedenktag fand heuer wegen des Shabbats einen Tag früher statt.

WIENER NEUSTADT

Aktivisten im Baumhaus

Protest gegen Ostumfahrung Wiener Neustadt.

In der Fischa-Au in Lichtenwörth protestieren seit mehr als einem Monat Aktivistinnen und Aktivisten in einem Baumhaus gegen die geplante Ostumfahrung Wiener Neustadt. Und damit gegen die Rodung des Gebiets und die Enteignung von acht Grundbesitzern. Nun stellen sich auch der Biodiversitätsforscher Franz Essl (Uni Wien), der Klimapolitikexperte Reinhard Steurer (BOKU) und der Verkehrswissenschaftler Günter Emberger (TU Wien) auf die Seite der Protestierenden und sprechen sich gegen das Straßenprojekt aus. Am Samstag wollen sie vor Ort

"Zahlen, Daten und Fakten aus den Bereichen Biodiversität, Verkehr und Klima" präsentieren, heißt es von der Organisation "Scientists for Future"

Mit der Ostumfahrung soll der Ringschluss um Wiener Neustadt komplett werden. Der Baubeginn ist laut dem Land Niederösterreich für Herbst 2024 geplant. Einer der Kritikpunkte: Die Ostumfahrung führt durch das Natura-2000-Schutzgebiet Fischa-Auen. Außerdem befürchten die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Lichtenwörth mehr Abgase und Lärm.